

## Tätigkeitsbericht

**Die Überlastung der Beschäftigten und prekäre Arbeitsverhältnisse (gering bezahlte, befristet oder in Teilzeit Beschäftigte) waren die zentralen Themen des letzten Schuljahres. Mit der zunehmenden Verlagerung von Verantwortlichkeiten auf die Schulleitungen und Beschäftigten auf fremde Träger wird es für den Personalrat immer aufwändiger, die Interessen der Beschäftigten durchzusetzen. Dennoch hat sich der Personalrat Schulen insbesondere für Belastungsausgleiche der Beschäftigten und die Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse eingesetzt.**

### **Initiativantrag zur Überlastung von Lehrkräften**

Nach der Weigerung der Behörde, über Belastungsausgleiche für Lehrkräfte mit dem Personalrat zu verhandeln, hat der Personalrat die Verhandlungen gerichtlich durchgesetzt. In den Verhandlungen geht es zurzeit insbesondere um die Möglichkeit von Belastungsausgleichen, aber auch um die Reduzierung von Mehrarbeitsanforderungen, die in den letzten Jahren von der Bildungsbehörde zusätzlich eingeführt worden sind. Sobald konkrete Ergebnisse der Schlichtungsverhandlungen vorliegen, wird der Personalrat umgehend darüber informieren.

### **Gespräche mit Parteien**

Vor der Bürgerschaftswahl führten wir Gespräche mit Vertretern von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP. Dabei haben wir vor allem deutlich gemacht, dass die Belastungsgrenze der bremischen Lehrkräfte bereits überschritten wurde. Wir forderten die Rücknahme der Kürzungen im Bildungsbereich, einen spürbaren Belastungsausgleich, den Abbau bürokratischer Regelungen sowie die Wiedereinführung der Altersteilzeit und die Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse. Diese Forderungen haben wir gegenüber den jetzigen Koalitionspartnern bekräftigt.

### **Altersteilzeit**

Aufgrund der Initiative und der Berechnungen des Personalrats ist die Wiedereinführung der Altersteilzeit für Beamte (wenn auch nur unter abgespeckten Bedingungen) im Bildungsbereich Bestandteil der Koalitionsvereinbarung.

Es ist wahrscheinlich, dass die zu erwartende Regelung auch über Anfang 2010 hinaus gelten wird. Das wäre ein großer Erfolg der beharrlichen und fundierten Arbeit des Personalrats.

### **Teilzeiterlass für Lehrkräfte (Erlass 05/2007)**

Der Personalrat hat erreicht, dass der Teilzeiterlass zu Gunsten der Teilzeitkräfte verändert wurde:

Jede Teilzeitkraft darf für außerunterrichtliche Aufgaben nur noch entsprechend dem Umfang ihrer reduzierten Arbeitszeit eingesetzt werden. Verlegt die Schulleitung in einzelnen Bereichen (z.B. Fortbildung) mehr als die anteilige Arbeit, muss sie gleichzeitig konkret sagen und sicherstellen, in welchem Bereich die Aufgaben entsprechend reduziert werden.

### **TV-L**

Seit dem 1.11.06 gibt es im bremischen öffentlichen Dienst keine Aufteilung in Angestellte und Arbeiter mehr. Der neue „Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder“ kurz „TV-L“ gilt für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst – nicht für die Beamten.

Die wichtigsten Informationen zu dem umfangreichen Tarifwerk finden Sie auf der Homepage des Personalrats unter dem Stichwort „Tarif“.

### **Versetzungen / Abordnungen**

Zum Ende des Schuljahres 2006/2007 sind bei über 140 KollegInnen Personalveränderungen vorgesehen. Hierbei handelt es sich um Versetzungen aufgrund eines eigenen Antrags oder infolge von Schulschließungen, Veränderungen

von Abordnungen, Rückkehr aus Sabbatjahr, Elternzeit oder Mutterschutz.

Da alle Personalveränderungen der Mitbestimmung unterliegen, unterstützt der Personalrat die KollegInnen und bemüht sich, zusammen mit ihnen einvernehmliche Lösungen zu finden. Weil der Informationsfluss von der Behörde zum Personalrat teilweise sehr schleppend verläuft, bitten wir alle KollegInnen, immer eine Kopie des Antrags an den Personalrat zu senden.

### **Einstellungen**

Für den 27.8.07 sollen nach Auskunft der Behörde 135 Stellen besetzt werden. Bisher wurde nur für Mangelfächer und dringende Notfälle eingestellt. Aufgrund behördeninterner Veränderungen wird der größte Teil der Einstellungen erst im Juli/ August stattfinden. Etliche BewerberInnen haben deshalb Angebote in anderen Bundesländern angenommen.

Der Personalrat hatte bereits Ende 2006 darauf hingewiesen, dass schulscharfe Ausschreibungen vor allgemeinen Ausschreibungen zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen führen werden, weil die exakten Bedarfe der Schulen erst Ende März feststehen. In einer Schlichtung zwischen Personalrat Schulen und Senator für Bildung wurde festgestellt, dass Versetzungen und Abordnungen künftig wie bisher vor Neueinstellungen stattfinden.

Der Personalrat setzt sich dafür ein, dass eingestellte Referendare und KollegInnen der Stadtteilschule, die bis zum Ende des Schuljahres in bremischen Schulen gearbeitet haben, nicht erst zum 27.8., sondern zum 1.8. eingestellt werden.

### **Einsatz von Beschäftigten anderer Träger**

Mittlerweile sind über 1000 Personen im schulischen Bereich eingesetzt, die nicht beim Senator für Bildung eingestellt sind. Sie arbeiten z.B. bei der Stadtteilschule oder anderen Trägern als „Feuerwehr-Kräfte“, Betreuungskräfte, SozialpädagogInnen, Kantinenkräfte oder als Werkstudenten und 1€-Kräfte usw. Ihre Einstellung und Bezahlung liegt beim jeweiligen Träger und damit außerhalb des Zuständigkeitsbereiches des Personalrats. Sobald sie aber weisungsgebunden in der Schule arbeiten, gehören sie zu den Beschäftigten, die vom Personalrat vertreten werden und das Wahlrecht bei der Wahl des Personalrats haben. Für die Beschäftigten bei anderen Trägern arbeitet der Personalrat an einer Regelung für das Mitbestimmungsverfahren über ihren Einsatz.

### **Ein-Euro-Jobs an Bremer Schulen**

In den bremischen Schulen gibt es weiterhin 1-€-Jobs. Die meisten der ca. 220 Stellen gibt es in

den Bereichen Verwaltung, technische Hilfen und Verpflegung. Zusätzlich sind zwei Qualifizierungsmaßnahmen in den Bereichen „Behindertenhelfer“ und „Betreuung in Schule“ eingerichtet worden. Für die letztgenannte Maßnahme ist es dem Personalrat gelungen, dass die Hälfte dieser Kräfte im zweiten Jahr zu sozialversicherungspflichtigen Bedingungen beschäftigt wird und ein großer Teil im dritten Jahr eine FestEinstellung erhält.

Der Personalrat bittet alle KollegInnen, darauf zu achten, dass „1-Euro-Beschäftigte“ aus den Bereichen Verwaltung, technische Hilfen, Verpflegung nicht zu unterrichtlichen und/oder pädagogischen Tätigkeiten herangezogen werden. Grundsätzlich dürfen 1-Euro-Kräfte nur zusätzlich und unter Anleitung arbeiten. In unklaren Situationen sollte sofort der Personalrat informiert werden.

### **Stadtteilschule**

Seit Gründung der Stadtteilschule drängt der Personalrat den Senator, diese Arbeitsverhältnisse in feste Stellen im öffentlichen Dienst umzuwandeln. Wir vertreten die Auffassung, dass diese KollegInnen originäre Aufgaben in Unterricht und Erziehung wahrnehmen und deshalb in den öffentlichen Dienst gehören. In zwei Fällen hat das Bremer Arbeitsgericht im April '07 den Klagen von 2 Kolleginnen, die mit Hilfe der GEW geklagt hatten, stattgegeben und den Senator für Bildung verpflichtet, diese beiden Kolleginnen der Stadtteilschule einzustellen (AZ: 9 Ca 9381/06).

Auf einer TPV im Mai wurden die KollegInnen der Stadtteilschule über dieses Urteil informiert.

Der Personalrat wird sich weiterhin – auch bei der neuen Regierung – dafür einsetzen, diesen u.E. illegalen Arbeitnehmerleih zu unterbinden und für einheitliche Arbeitsbedingungen zu sorgen.

### **Sozialpädagogische Fachkräfte / Pädagogische MitarbeiterInnen in der Betreuung**

Die Situation der Pädagogischen MitarbeiterInnen – insbesondere an den Grundschulen – ist geprägt durch unterschiedliche Arbeitszeit-, Vergütungs- und Vertragsbedingungen, auch bedingt durch die neben dem Senator für Bildung auftretenden Beschäftigungsträger.

Der Personalrat Schulen setzt sich dafür ein, dass den Anforderungen entsprechend einheitliche und angemessene Arbeitsbedingungen für alle Pädagogischen MitarbeiterInnen gelten sollen. Strittig ist immer noch die Frage der Mehrarbeitsvergütung z.B. für Klassenfahrten oder Präsenztage, die Ausweisung zusätzlicher Koopera-

tionszeiten z.B. für Präsenznachmittage sowie eine akzeptable Ferienregelung.

### **Lehrmeisterinnen und Lehrmeister**

Das Schuljahr 06/07 wurde maßgeblich vom Tarifvertragswechsel (BAT – TV-L) und den entsprechenden Beratungen geprägt. Darüber hinaus fanden die üblichen Beratungen zu diversen Themenfelder statt.

Die Verhandlungen über die neue Dienstvereinbarung zu den Richtlinien über die Aufteilung der Arbeitszeit für Lehrmeisterinnen und Lehrmeister endeten mit einem für Personalrat und Behörde verbindlichen Einigungsstellenbeschluss, der die Erhöhung der Unterweisungsverpflichtung von 1 Std. auf 30 Std./Woche sowie die Reduzierung der übrigen Anwesenheitsverpflichtung um 1 Std. von 6 Std. auf 5 Std./Woche vorschreibt.

Der Personalrat lehnt die weitere Ausgliederung von LehrmeisterInnenstellen in die Stadtteilschule ab und fordert stattdessen Neueinstellungen beim Senator für Bildung. Zum Thema Präsenzzeitenregelung für Lehrmeisterinnen und Lehrmeister hat der Personalrat einen Initiativantrag gestellt (siehe PR-INFO vom 26.02.07).

### **Reinigung an Schulen**

Nach jahrelanger Forderung der Raumpflegerinnen, die Reinigungs- und Hausmeisterdienste zusammenzulegen, soll dies nun bis zum Jahresende nach Aussage der Koalitionsvereinbarung umgesetzt werden. Die Personalratsforderung, Einstellungen im Raumpflegebereich wieder vorzunehmen, soll verhandelt werden.

Wir verweisen auf das ausführliche Protokoll der letzten TPV Reinigungskräfte (Mai 07); Sie finden es auf der Homepage des Personalrats unter „Aktuelles“.

### **Personalausschüsse**

In den letzten beiden Schuljahren wurden an vielen Schulen Personalausschüsse als kollegiale Interessenvertretungen gewählt. Der Personalrat hat auch dieses Jahr Kollegien bei der Bildung von Personalausschüssen beraten und unterstützt.

Auf einer Teilpersonalversammlung zum Thema Personalausschüsse im November 06 wurde eine erste Bilanz gezogen, wurden Erfahrungen ausgetauscht und wurde über Unterstützungsmaßnahmen für die Ausschussarbeit diskutiert.

Es gab begleitend zu den Gründungen von Personalausschussmitgliedern an Schulen im Frühjahr und Herbst 2006 Treffen und Fortbildungen von Personalausschüssen.

Der Personalrat entwickelte eine Broschüre „Handreichungen für die Arbeit der Personalausschüsse“ mit vielen Tipps und rechtlichen Infor-

mationen für die Ausschussarbeit. Eine Internetpräsenz wurde aufgebaut. Nach wie vor bildet die direkte Beratung der Ausschüsse die Kernaufgabe der Unterstützung durch den Personalrat.

### **Arbeits- und Gesundheitsschutz**

Seit Jahren verhindert der SfB eine laut Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) vorgeschriebene Gefährdungsanalyse, die auch psychische Belastungsfaktoren berücksichtigt. Dem Personalrat ist es durch beharrliche Argumentation gelungen, dass der Lenkungsausschuss „Arbeitsschutz Schulen“ beim SfB jetzt einstimmig einen validen Fragebogen befürwortet, der psychische Belastungsfaktoren ausreichend berücksichtigt und anschließende „Maßnahmen“ zur Beseitigung festgestellter Gefährdungen vorsieht.

Zum Thema „Feinstaub“ und „Lüften“ sind wir weiterhin mit den Behördenvertretern in der Diskussion, um praktikable Lösungen zu finden.

Darüber hinaus hat der Personalrat als Einzelfallbegleitung wieder viele Gespräche mit KollegInnen zu Problemen aus dem Bereich Gesundheit bei Wiedereingliederungen, Pensionierungen, amtsärztlichen Untersuchungen etc. geführt.

### **Arbeitsbedingungen an Ganztagschulen**

Der Personalrat führte eine Teilpersonalversammlung unter dem Motto „Ganztagschulen – Vorzeigemodell oder Etikettenschwindel?“ durch. Die gemeinsame Aussprache bestätigte, dass die räumlichen Ausstattungen an den Ganztagschulen größtenteils unzureichend und die Arbeitsbedingungen sehr belastend sind.

Das Protokoll der TPV ist auf der Homepage des Personalrats einzusehen. Der Personalrat setzt sich weiterhin für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen an Ganztagschulen ein.

### **Beschwerdemanagement – Handlungshilfe für den Umgang mit Beschwerden über Lehrkräfte**

Ein unprofessioneller Umgang mit Eltern- und Schülerbeschwerden führt häufig zu einer Verstärkung der Konflikte. Deshalb hat sich der Personalrat in einer Arbeitsgruppe am LIS für die Entwicklung einer Handlungshilfe eingesetzt und am Ergebnis maßgeblich im Interesse der KollegInnen mitgearbeitet. Die Broschüre „Beschwerdemanagement – zum konstruktiven und transparenten Umgang mit Beschwerden über Lehrkräfte“ wird jetzt endlich an die Schulen verteilt, ist aber auch auf der Homepage des Personalrats einzusehen.

### **Evaluationen**

Da der Senator für Bildung etliche Evaluationen am Personalrat vorbei durchgeführt hat, haben wir jetzt grundsätzlich die Beteiligung an allen

laufenden und bestehenden Evaluationen eingefordert.

### **Zentrum für schülerbezogene Beratung**

Seit dem 1. Mai 07 gibt es in Bremen ein neues „Zentrum für schülerbezogene Beratung“, das mit seinen Standorten in der Weidestraße und in Bremen-Nord dem LIS zugeordnet ist. Die drei betroffenen Personalräte drängen seit der Planung auf ein transparentes Verfahren zu den Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten, Einstufungen etc.

### **Dienstvorgesetztenfunktion der SchulleiterInnen**

Bei der Übertragung von Dienstvorgesetztenfunktionen auf Schulleiterinnen und Schulleiter hat der Personalrat Schulen die Wahrung der Rechte der Beschäftigten durchgesetzt. Es wurde mit dem Senator für Bildung vereinbart, dass

- Anträge auf Nebentätigkeit weiterhin der Mitbestimmung unterliegen,
- Kriterienkataloge für die Erstellung von Beurteilungen dem Personalrat zur Mitbestimmung vorgelegt werden müssen und
- Schulleitungen keine Dienst- und Arbeitsverträge abschließen dürfen.

Schulleitungen werden auf die Beachtung der Mitbestimmungsrechte des Personalrats hingewiesen.

### **Sonderpädagogikverordnung**

Anfang des Schuljahres wurde der Entwurf einer neuen Sonderpädagogikverordnung vorgelegt, mit der u.a. zentrale Aussagen des Schulgesetzes zur sonderpädagogischen Förderung weiter eingeschränkt werden sollten. Aufgrund massiver Proteste von Verbänden und Personalrat Schulen wurde die Verordnung zurückgezogen.

### **Schulschließungen**

Das vor über einem Jahr beschlossene Schulschließungskonzept lief auch in diesem Schuljahr weiter. Seit Beginn begleitet und unterstützt der Personalrat die Kollegien der betroffenen Schulen insbesondere bei Versetzungen und Abordnungen.

### **Schulbibliotheken**

Die ehemaligen Kinder- und Jugendbibliotheken der Stadtbibliothek wurden aus dem Bereich Kultur in den Bereich des Senators für Bildung als Schulbibliotheken überführt. Dabei gab es viele Probleme, jedoch konnten alle für die Regionen wichtigen Standorte mit ihrem Personal erhalten werden. Organisatorisch und personell sind die Schulbibliotheken unter einer Schulleitung zusammengefasst.

Die Behörde hat einen Aufgaben- und Tätigkeitskatalog vorgelegt, der mit den Beschäftigten und dem Personalrat verhandelt und verabschiedet wurde. Eine Arbeitszeitregelung, die dem Bedarf der Schulen und der KollegInnen entgegenkommt, wurde erarbeitet und wird erprobt, ist aber noch nicht verabschiedet. An einzelnen Standorten werden ehrenamtliche HelferInnen erfolgreich eingearbeitet.

### **Dienstvereinbarung Mitarbeitergespräche**

Nach § 19 Abs.3 der Lehrerdienstordnung soll die SchulleiterIn in regelmäßigen Abständen mit den Lehrkräften Mitarbeitergespräche führen. Der Personalrat hat der Bildungsbehörde einen Vorschlag für eine Dienstvereinbarung vorgelegt, die Durchführung, Rahmen, Zielsetzungen und Grundsätze dieser Mitarbeitergespräche regeln soll. Ziel der Dienstvereinbarung ist eine verbindliche Regelung, die die Förderung, Entwicklung und Unterstützung der Lehrkräfte in den Vordergrund stellt. Eine Reaktion von Seiten der Bildungsbehörde steht seit Monaten aus.

Von den Mitarbeitergesprächen zu unterscheiden sind Personalentwicklungsgespräche mit Ziel- und Leistungsvereinbarungen. Solche Gespräche dürfen nicht geführt werden, solange es dafür keine spezielle Dienstvereinbarung gibt.

### **Dienstgespräche**

Das Arbeitsklima an den Bremer Schulen hat sich verschlechtert, weil die Arbeit durch zusätzliche Aufgaben bei gleichzeitiger Streichung von Fördermaßnahmen, Krankenreserven und Entlastungstunden für besondere Aufgaben viel zu viel geworden ist.

Die Überlastungen aller Beteiligten am Arbeitsplatz Schule schlägt sich in der Zunahme von Konflikten, z.B. mit Vorgesetzten, aber vor allem in der Zunahme der gesundheitlichen Probleme nieder. Hier hat der Personalrat die Betroffenen in anfallenden Dienstgesprächen unterstützt.

### **LIS- Jahresprogramm**

Der Personalrat Schulen hat dem LIS-Jahresprogramm nicht zugestimmt, weil die zeitliche Festlegung der Veranstaltungen für Berufsanfänger und besonders belastete KollegInnen eine zusätzliche zeitliche Belastung darstellt. Wir setzen uns in den Schlichtungsverhandlungen für eine angemessene Berücksichtigung dieses Tatbestandes ein.

-----  
Personalrat Schulen, Emil-Waldmann-Str. 3,  
28195 Bremen tel: 361 6044 fax : 361 16921